

DIE AFD IN MV

Ein Dossier von Andreas Speit.
Positionen und Personen der Partei
vor der Kommunal- und
Europawahl am 9. Juni 2024.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die AfD ist eine Gefahr für die Demokratie. Sie schürt Angst und Hass und sucht für gesellschaftliche und soziale Missstände Sündenböcke. Das sind vor allem Geflüchtete. Beim Thema soziale Gerechtigkeit wird zudem schnell deutlich: Sie vertritt nicht die Interessen der Beschäftigten, auch wenn sie das immer wieder behauptet. Die AfD hat keinen Plan für eine gute und gerechte Zukunft.

Als DGB zeigen wir aus all diesen Gründen klare Kante. Wir stellen uns dem Rechtsruck entgegen und wollen die Demokratie stärken.

In diesem Dossier hat sich Autor Andreas Speit mit der AfD in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigt. Er hat sich mit dem Programm zur Kommunalwahl, der Landespolitik und den Kandidat*innen und Politiker*innen der Partei auseinandergesetzt.

Wir hoffen mit diesem Papier eine gute Wissensgrundlage für alle Interessierten zu schaffen, um vor der Kommunalwahl am 9. Juni in Mecklenburg-Vorpommern über die handelnden Personen und die Positionen der AfD Bescheid zu wissen.

Nie wieder ist jetzt!

DGB Nord

NICHTS ZU GEWINNEN – DAS PROGRAMM DER AfD ZUR KOMMUNALWAHL

Die AfD bleibt die AfD. In ihrem Entwurf für das Programm zur Kommunalwahl 2024 in Mecklenburg-Vorpommern trennt der Landesverband in seiner Kritik an der Landespolitik als auch in seinen Forderungen kaum zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik. Die „Leitlinien für eine alternative Kommunalpolitik“ suggerieren somit vermeintliche Lösungen für die kommunalpolitische Ebene.

Bereits in der „Präambel“ deutet sich diese Tendenz an: „Unser Land steckt in einer tiefen Krise. Immer mehr Bürger sehen, dass sich die regierenden Parteien von ihnen entfremdet und den Bezug zur Lebensrealität verloren haben. Drängende Probleme wie die grenzenlose Masseneinwanderung, die wirtschaftliche Talfahrt, die Bildungsmisere, der Wohlstands- und Sicherheitsverlust werden einfach geleugnet und ignoriert.“ In der Rhetorik eines „Die da oben, wir hier unten“ wird eine Entfremdung „der Politiker*innen“ zu den „einfachen Leuten“ angeprangert. Diese Emotionalisierung spitzt die Partei zu: „So darf es nicht weitergehen“, heißt es, und man schreibt weiter: „Statt wie die Altparteien die Gesellschaft immer weiter zu ideologisieren und zu spalten, brauchen wir endlich wieder Vernunft und gesunden Menschenverstand in der Politik. Wir brauchen kein Gender-Gaga, keine Denk- und Sprechverbote, keine unsinnigen Brandmauern.“ Mit dem Kniff, anzuprangern, dass die „Altparteien“ ideologisch getrieben seien, will sich die AfD selbst als nicht ideologisch handelnd darstellen. Sie folgt halt dem „gesunden Menschenverstand“, was kann daran falsch sein? Sie selbst benennen aber gleich drei zentrale Themen aus ihrem ideologischen Kontext: die vermeintliche „Masseneinwanderung“, den angeblichen „Gender-Gaga“ und die sogenannten „Denk- und Sprechverbote“. Für „Freiheit, Wohlstand und Normalität“ wollen sie sich starkmachen: „Genau dafür wollen wir mit Ihnen zur Kommunalwahl kämpfen.“ Genau hier jedoch verwischen sich die realen Zuständigkeits Ebenen. Den Landesverband treibt aber auch weiter um, was die Bundespartei sorgt, die angebliche Bedrohung „unserer Kultur, unserer Traditionen und unserer Lebensweise“. Für dies „einigende Band, das uns von Generation zu Generation trägt“, wollen sie sich „konsequent“ einsetzen. Ein Mittel: „Mehr Demokratie auf kommunaler Ebene wagen.“

Instrumentalisierte Bürger*innen-Entscheide

Der Verband fordert denn auch, „Bürgerentscheide“ zu erleichtern. Dieses Abstimmungsmodell erscheint demokratisch, unterläuft aber zugleich den demokratischen Prozess in den Parlamenten. Eine Momentaufnahme, eine Abstimmung, soll entscheidend sein. Im Abschnitt „Bürger*innen und Demokratie – das Volk ist der Souverän“ heben

sie hervor: „In den Kommunen treten wir an, um das bürgerferne Durchdrücken von Beschlüssen der Bundes- und Landesregierung nicht unwiderrprochen zu lassen“, und fordern: „Unsere Kommunen brauchen finanzielle und organisatorische Spielräume, um dem Bürgerwillen für den eigenen Wirkungskreis neuen Raum zur Entfaltung zu geben.“ So wollen sie das „Zustimmungsquorum auf 20 Prozent“ senken. Die Präambel deutete es schon an, und hier führen sie weiter aus, dass mit dieser Mitbestimmungsmöglichkeit der „Migrationskrise“ entgegengewirkt werden könnte. Kurz: Auf kommunaler Ebene soll der Widerstand gegen Unterkünfte für Geflüchtete gestärkt werden. Die gewünschte Änderung der Rechtslage kann aber nur auf Landesebene erfolgen, wie der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern von Mehr Demokratie e. V. deutlich macht.

Gezielte Versprechen

Von „Land und Bund“ fordert die AfD im Abschnitt „Infrastruktur – für eine Heimat zum Leben“, dass der Ausbau von Straßen, Radwegen und Schienen vorangetrieben werden soll. Die freiwilligen Feuerwehren wollen sie zudem „finanziell stärker unterstützt“ sehen. Im Abschnitt „Familie – von unschätzbarem Wert für unsere Gesellschaft“ schlagen sie vor, ein „Baby-Begrüßungsgeld als Zeichen für eine Kinder-Willkommenskultur“ einzuführen. Die Wortwahl „Willkommenskultur“ darf als Gegenentwurf zur „Willkommenskultur für Geflüchtete“ gelesen werden. Sie fordern zudem, die „Qualität in den Kindertagesstätten“ durch einen „verbesserten Betreuungsschlüssel“ zu steigern, und versichern, die „Tagesmutterbetreuung“ weiterhin zu unterstützen. Das „Ehrenamt im Sportverein“ soll ebenfalls gestärkt werden, eine „Aufwandsentschädigung in angemessener Höhe“ sei zu zahlen, und der „Sanierungsstau von Vereins- und Schulsportstätten sowie Schwimmhallen“ wäre zu beenden wie der Neubau von Sportstätten zu erleichtern. Der Abbau von Bürokratie wird in verschiedenen Kontexten gefordert. Solche Forderungen dürften jedoch die Kommunen stärker belasten. Der Landesverband erklärt dennoch im Abschnitt: „Wirtschaft und Soziales: Leistungsprinzip und Bürokratieabbau“: „Wir werden uns für eine möglichst niedrige Gewerbesteuer einsetzen.“ Das Landesfinanzministerium in Schwerin erklärt dazu, dass die Gewerbesteuer zwar auf kommunaler Ebene gesenkt werden könne. Mit dieser Forderung allerdings würde den Gemeinden eine ihrer zentralen Einnahmequellen genommen werden, steht doch die Gewerbesteuer vor allem den Kommunen zu.

Versprochene Entlastungen

Der Landesverband der AfD macht für die „kommunalen Auftraggeber“ eine neue „große Belastung“ aus: das Tariftreuegesetz. Die Partei, die sich so gern als jene Partei geriert, die für die „normalen Deutschen“ da sei, stört, dass

öffentliche Aufträge nur noch an Betriebe gehen sollen, die ihren Beschäftigten Tariflöhne oder eine tarifähnliche Bezahlung garantieren. Auf kommunaler Ebene kann diese Lohngarantie nicht geändert werden. Die Partei kennt hier die Rechtslage; sie fordert dazu für Mecklenburg-Vorpommern, dass das Gesetz auf Landesebene zurückgenommen werde. In dem Abschnitt „Wirtschaft und Soziales: Leistungsprinzip und Bürokratieabbau“ betont man zu Beginn: „Wir stehen konsequent an der Seite des Mittelstandes und seiner Beschäftigten“; dazu wird versichert: „Wir verteidigen die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und lehnen daher sinnlose Finanzspritzen, ideologische Forderungen und Maßnahmen zur ökosozialistischen Umverteilung ab.“ Die gebotene ökonomisch-ökologische Transformation sehen sie als einen „ökosozialistischen“ Trend. Die Chancen für die Gemeinden, staatliche Zuschüsse erhalten zu können, Arbeitsplätze zu sichern oder zu schaffen, werden als „Ideologie“-Projekt verworfen.

Dem AfD-Landesverband darf – wenn er schon nicht klar zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik unterscheidet – vorgehalten werden, in seinen „Leitlinien“ die fortschreitende Umverteilung von unten nach oben auszublenden. „Mehr Netto von Brutto“ heißt es in einer Zwischenüberschrift, gefordert wird dann aber bloß „bezahlbarer Wohnraum“ und, den „sozialen Wohnungsbau, insbesondere für Familien, Studenten und Auszubildende, Senioren und Behinderte“ mit „zinsgünstigen Darlehen deutlich zu stärken“. Diese Darlehen dürften zunächst allein Bauinvestor*innen und -firmen dienlich sein, die – so sind die Forderungen zusammenzudenken – ja nicht an ein Tarifreugesetz gebunden sein sollen. Mehr Netto vom Brutto? In der Branche ist dies so sicher nicht zu erreichen. Die AfD fordert allerdings Steuererleichterungen für Handwerksbetriebe. Diese müssen nicht bei den Kund*innen ankommen, welche handwerkliche Dienstleistungen benötigen.

Den Tourismus sehen sie als ein „zentrales wirtschaftliches Standbein für die Region“ an. Eine finanzielle Förderung fordert der Landesverband nicht. Eine Kurtaxe für Einheimische lehnen sie jedoch ab, wie auch Tourismusabgaben, also die sogenannten „Bettensteuern“.

In diesem Abschnitt legt die Partei weiter dar: „Sozialbetrug durch Mehrfachmeldung und unterschiedliche Identitäten ist endlich konsequent zu bekämpfen und zur Bestrafung zu bringen.“ Dazu tritt sie für „eine rigorose Bekämpfung von Sozialbetrug und illegaler Einwanderung in unsere Sozialsysteme ein“. Diese Behauptung eines bewussten Betrugsgeschehens begrenzt sich nicht auf illegal Eingewanderte, sondern bezieht auch andere Bevölkerungsgruppen ein. Für sie gilt ebenso, was die AfD Mecklenburg-Vorpommern betont: „Fördern, aber auch fordern ist unsere Handlungsmaxime bei der Bereitstellung staatlicher Leistungen.“

Im Abschnitt „Landwirtschaftliche und ländliche Räume“ beklagt die AfD eine „verfehlte Agrarpolitik und überzogene Zwangsökologisierung“. Auch hier will die Partei

die Marktchancen eines Umdenkens nicht erkennen. Sie fordert, „bürokratische Hürden“ abzubauen, um regionale Produkte besser über Hofläden und Wochenmärkte anbieten zu können. Die Fischerei und die Jagd sollen ebenfalls nicht durch „bürokratische Überregulierung“ beeinträchtigt werden. Wie auf kommunaler Ebene diese Forderungen genau umgesetzt werden sollen, bleibt offen. Nicht offen bleibt, dass die „unregulierten Wolfsbestände“ bejagt werden sollen, und auch, dass eine „Bejagung des Kormorans“ geboten sei.

Verengte Analysen

Erst in dem Abschnitt „Asyl und Migration“ finden sich auf Seite 15 der 19 Seiten der „Leitlinien“ Aussagen zum „Arbeitsmarkt“. Schon die Platzierung impliziert die Botschaft. Als Zwischenüberschrift hebt man hervor: „Tatsächliche Fachkräfte aus dem Ausland sind willkommen.“ Mehr legt man hier zu dem Thema nicht dar, man führt es nur noch einmal anders aus: „Eine Einwanderung in unsere Sozialsysteme lehnt die AfD konsequent ab.“ Zudem wird aber noch beklagt, dass „oft jüngere und junge Familien“ auf dem Wohnungsmarkt in Konkurrenz zu der „unkontrollierten Migration“ stehen würden. So fordert die Partei: „Unsere Bürger“ zuerst. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt wird aber nicht durch die Migrations-, sondern durch die Wohnungspolitik verursacht – und das seit Jahren.

Im Abschnitt „Kommunale Finanzen – solide und selbstverwaltet“ erklärt der Verband: „Steuergelder müssen den Kommunen direkt vor Ort zugutekommen, damit sie mehr eigene Entscheidungsspielräume haben.“ Des Weiteren hat „die Bewilligung von Mitteln für die Kommunen [...] nach transparenten Kriterien zu erfolgen. Die Kommunen dürfen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nicht auf willkürliche Almosen der Landesregierung angewiesen sein.“ Die angenommene Willkür unterstellt letztlich auch Klüngeleien der Landesregierung mit kommunalen Vertreter*innen. Die Forderung der AfD Mecklenburg-Vorpommern ist indes grundsätzlicher: eine Reform der Einkommensteuer, an denen die Kommunen stärker beteiligt werden soll. Der Vorschlag blendet die enge Verzahnung von Bund und Land für kommunale Projekte aus; er übersieht zudem, dass die Kommunen nicht nur bis zu ihren kommunalen Grenzen planen und größere Projekte nicht allein stemmen könnten. Höhere Anteile an der Einkommensteuer stehen zudem der gewünschten Senkung der Gewerbesteuer entgegen. Landes- und Bundesförderungsprogramme betrachten man als „Gängelband“, das auch „unnötig Personal“ binde. Die Förderung zum Beispiel des Landesförderinstituts Mecklenburg-Vorpommern für Wirtschaft und Wohnraum, für Infrastruktur und Forst erscheint so als Gängelung der Gemeinden und der Einzelnen – nicht als Unterstützung.

Die letzte Passage der „Leitlinien“ greift erneut das Dauerthema der AfD auf. „Migrationskosten: Kommunen entlasten“ lautet die letzte Zwischenüberschrift. Der Landes-

verband versichert: „Wir lehnen die Übernahme dieser Folgekosten durch Städte, Gemeinden und Kreise ab. Wer die unkontrollierte Massenzuwanderung ermöglicht, also der Bund, soll auch 100 % der direkten und indirekten Kosten tragen.“ Diese ablehnende Haltung gegenüber Geflüchteten hat der Verband auch gegenüber Menschen aus der Ukraine: „Die Überführung ukrainischer Flüchtlinge in das Bürgergeldsystem sowie weitere finanzielle Vergünstigungen haben zu einer weiteren massiven Einwanderung in den Sozialstaat geführt.“ Dies stellt also nach Ansicht der AfD eine weitere Belastung der Kommunen dar. Solche „Magnete“ seien abzuschalten.

Keine sachgerechte Politik

Das kommunalpolitische Programm der AfD Mecklenburg-Vorpommern spiegelt ihre ideologischen Positionen wider. Die Partei fordert entsprechend statt eine*r „Gleichstellungsbeauftragten“ eine*n „Familienbeauftragten“ und statt eine*r „Integrationsbeauftragten“ eine*n „Rückführungsbeauftragten“. Statt „fragwürdiger Ideologieprojekte“ – hier könnten Projekte für Demokratie gemeint sein – sollen Identität und Traditionen gefördert werden, und zwar durch „regionale Geschichte und Brauchtumspflege“. Dass der Landesverband in seinen Leitlinien bei Feststellungen und Forderungen nicht sachgerecht nach Bund-, Landes- und Kommunalpolitik trennt, stört ihn nicht. Er will keine sachgerechte Politik machen; es geht nur darum, Stimmung gegen die demokratischen Strukturen zu schüren. Die Positionen treffen nicht bloß als migrantisch markierte Menschen, sie treffen ebenso sozial Schwache und demokratisch Engagierte. Auf der kommunalen Ebene wird die AfD versuchen, all jenen die gebotene Unterstützung zu entziehen. Auf diesen Ebenen wollen sie die „Brandmauer“, die sie in der Präambel beklagen, weiter einreißen.

KANDIDAT*INNEN ZUR KOMMUNALWAHL

Die AfD tritt zu den Kommunalwahlen 2024 mit verstärktem Personal an. Die Partei will die regionale Basis in den Gemeinden, Stadtvertretungen und Kreistagen ausbauen. Von unten nach oben soll die Partei nicht bloß wachsen, sondern sich auch fest verankern. Die AfD ist gekommen, um zu bleiben. In den acht großen Wahlbereichen ist die selbsternannte Alternative präsent.

In **Nordwestmecklenburg** tritt Paul Timm in den Wahlkreisen Bobitz und in den Wahlbereichen 02 und 04 an. Ende September 2022 soll er eine Rede auf einer Demonstration gegen die steigenden Energiepreise infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine gehalten haben. Der Auftritt sorgte für Irritationen, da sich die Demonstrationsorganisator*innen als parteilos verstanden hatten.

In **Schwerin** treten mehrere Kader der Partei an. Drei von ihnen sind der Bundestagsabgeordnete und Landesvorsitzende Leif-Erik Holm, die Landtagsabgeordnete Petra Federau und der Landtagsabgeordnete Thomas de Jesus Fernandes; sie treten in den Wahlkreisen 01, 02 und 03 an.

In **Ludwigslust-Parchim** wollen für die AfD Philipp Steinbeck und Dietmar Friedhoff ins Kommunalparlament. Sie treten in den Wahlbereichen 01, 02 und 03 an. Schon 2016 suchte die Spitze des Kreisverbandes Schwerin offenbar die Nähe zum finanzstarken Unternehmer Steinbeck, der bereits mit der NPD in Verbindung gebracht wurde. Der Verband ließ sich zu einem „Charity-Abend mit Leistungsträgern und Unterstützern der AfD“ in Steinbecks Schloss Jessenitz bei Lübbtheen im Südwesten Mecklenburgs einladen – ein sommerliches Gruppenfoto mit Schlossherr und AfD-Politiker Alexander Gauland inklusive. Im Juni 2011 veröffentlichten Hacker rund 400 Namen von Personen, die der NPD Geld gespendet haben sollen. Nach taz-Informationen war Steinbeck einer der Spender. Anfang der 1990er-Jahre arbeitete der damalige Jurastudent für die rechtsextreme Organisation „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ im Kieler Landtag, er pflegte Kontakte zu dem 2009 verstorbenen früheren Hamburger NPD-Chef Jürgen Rieger, und später beschäftigte er den früheren Hamburger NPD-Landeschef Thomas Wulff zeitweilig als Fahrer¹.

Für die AfD sitzt Friedhoff im Bundestag. Aus Niedersachsen wechselte er zuletzt nach Mecklenburg-Vorpommern. Er fiel im Kontext der staatlichen Pandemie-Maßnahmen mit Verschwörungsnarrativen auf. Mit Gleichgesinnten aus der Partei wollte er das Netzwerk „Pegasus Germanus“ gründen. 2018 fiel das Netzwerk erstmals auf, weil es Björn Höcke, den Kopf des inzwischen aufgelösten rechtsextremen Flügels, einladen wollte².

In **Rostock** tritt die AfD mit 48 Kandidat*innen an. Eine der bekannteren ist Steffi Burmeister. Sie ist bereits im Rostocker Kreistag vertreten und ist die Pressesprecherin der AfD-Fraktion Vorpommern Greifswald.

Für die **Rostocker Bürgerschaft** kandidiert neben anderen der Landtagsabgeordnete Michael Meister. Er ist Vorsitzender der AfD-Fraktion Ribnitz-Damgarten und Mitglied des Kreistages Vorpommern-Rügen³.

In **Vorpommern-Rügen** hat die Partei 120 Kandidat*innen aufgestellt. Einzelne Personen kandidieren mehr als zweimal. Dazu gehören der AfD-Beisitzer des Landesvorstandes Carlos Rodrigues sowie der Beisitzer Christian Zorn.

In der **Mecklenburgischen Seenplatte** tritt die AfD mit fast 270 Kandidat*innen an.

In **Vorpommern-Greifswald** kandidiert der Landesfraktionsvorsitzende Kramer in mehreren Wahlbereichen: 01, 02, 03, 09, 10, 11 und Greifswald. Der Landtagsabgeordnete Stephan Reuken tritt in 02, 03 und 04 an.

1 <https://taz.de/Wahlkampf-mit-Gruppenbild!/5312576/>

2 <https://taz.de/AfDler-auf-der-Suche-nach-neuem-Profil!/5683205/>

3 <https://michael-meister.de>

POSITIONEN DER LANDTAGSFRAKTIONEN

Auf ihrer Website stellte die Landtagsfraktion der AfD in Mecklenburg-Vorpommern vier „Kampagnen“ vor. „Asylchaos stoppen“ überrascht als Kampagnen-Thema bei der AfD nicht. Die Fraktion erklärt, dass die Kommunen allein gelassen werden und ein Aufnahmestopp durchzusetzen sei. Sie fordert, das Veto-Recht der Kommunen zu stärken, und eine*n Landesrückführungsbeauftragte*n. Die EU soll Schutzzonen in Afrika und im Nahen Osten überprüfen. Diese Ideen korrespondiert mit dem Vorschlag, auch auf kommunaler Ebene eine*n „Rückführungsbeauftragten“ einzusetzen.

Gehälter und Löhne

Die Kampagne „Wohlstand statt Verarmung“ versucht direkt, die Sorgen und Ängste der Mittelschicht anzusprechen – und vermeintlich zu lösen. Der Untertitel „Bürger endlich entlasten“ gibt die Richtung vor. „25 Jahre SPD-Regierung haben in Mecklenburg-Vorpommern ihre Spuren hinterlassen. Bis heute hat unsere Heimat die im Bundesdurchschnitt niedrigsten Bruttolöhne. Von allen Flächenbundesländern hat MV die höchste Arbeitslosenquote“, schreibt die AfD. Für die Jahre 2021 und 2022 stimmt diese Angabe zu den Bruttolöhnen. Was die Arbeitslosenquote betrifft, sind die Werte für 2023 ebenfalls richtig. Die AfD führt weiter an, dass „bereits heute“ in Mecklenburg-Vorpommern die „vierthöchste Armutsquote im Vergleich zu anderen Bundesländern“ besteht. Die Mittelschicht sieht man am „Rande ihrer Belastungsfähigkeit“, und „die Grenzbelastung der Bruttoeinkommen“ liege „inzwischen bei knapp 50 %“, sodass der „Aufbau von Sparvermögen und Eigentum“ immer schwieriger würde. Die einzelnen Forderungen sollen eine Entastung bringen: „Aussetzung der Umsatzsteuer für Nahrungsmittel“, „Erhöhung des Grundfreibetrages“, „Senkung der Grunderwerbsteuer“ und „Einführung eines Landespflegegeldes“. Die weiteren Forderungen spiegeln die deutlich ablehnende Haltung der AfD von Klimaschutz und Öffentlichem Rundfunk wider. So fordert man, „CO₂-Abgabe und EEG ab[zu]schaffen“, die „Erhöhung der Entfernungspauschale“ auf 50 Cent ab dem ersten Kilometer, die „Aussetzung der Energiesteuer und Umsatzsteuer auf Kraftstoffe“ sowie die Abschaffung der Rundfunkgebühren. Von den neun Forderungen sind fünf Forderungen eng mit der Weltwahrnehmung der Partei verbunden. Diese Kampagne wird aber nicht durch Überlegungen zu einer Gegenfinanzierung der gebotenen ökonomisch-ökologischen Transformation flankiert. Die AfD will letztlich für die Mittelschicht den Status quo erhalten. So schlägt sie weder eine Belastung durch Erhöhung der Einkommensteuer auf hohe Einkommen vor noch eine Steigerung der Gehälter und Löhne. Diese Kampagne wurde nicht durch parlamentarische Initiativen weiter unterstützt.

Pflege und Betreuung

Eine Flankierung ihrer Forderungen versucht die Fraktion allerdings bei der Kampagne „Angriff auf unsere Gesundheit – Alarmstufe rot-rot“. Das Thema Gesundheit findet sich auch breit in der „Leitlinie für eine alternative Kommunalpolitik“. In dieser erklärt man, dass im „Gesundheitswesen [...] auf der kommunalen Ebene im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern die Versorgung (ärztlich, pflegerisch, Versorgung mit Heil- und Hilfsmitteln und Medikamenten) in den ländlichen Räumen die größte Herausforderung“ sei. Deshalb tritt die AfD dafür ein, dass den verantwortlichen Akteur*innen vor Ort gesetzliche und finanzielle Spielräume eingeräumt werden, die „eine gute, regional zugeschnittene Versorgungsleistung ermöglichen“. Außerdem wird angegeben, mit dem „Masterplan Gesundheitswirtschaft Mecklenburg-Vorpommern 2030“ das Bundesland als „DAS generationsübergreifende Gesundheitsland“ unterstützen zu wollen. Als Ursache der Krise in diesem Bereich macht die Landtagsfraktion der AfD vor allem die „60 % Zusatzkosten“ durch die „Energiepreissteigerung“ aus. Eine der Ursachen für diese Steigerung, den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, lässt man schlichtweg unerwähnt, sodass allein die angeblich „ideologisch“ betriebene Energiewende als ursächlich erscheint. Vier Forderungen erhebt die AfD in diesem Bereich: eine Soforthilfe für Krankenhäuser und Pflegedienste in „Höhe von mindestens 20 Millionen Euro“, den „Erhalt der Klinikstandorte“, die „Ausbildung für das „Gesundheitspersonal attraktiver zu gestalten“ und erneut die „Einführung des Landespflegegeldes“. Dass eine Erhöhung der Löhne im Gesundheitsbereich genauso wie eine Kürzung der Arbeitszeit die Attraktivität erhöhen dürfte, wird nicht gedacht.

Im Mai 2023 reichte die Fraktion den Antrag „Erste Hilfe jetzt – Notlage der Pflege beenden – Refinanzierung der Tariftreuepflicht“ ein. Erneut erscheint die Treuepflicht nur als Belastung der Einrichtungen und nicht als Zugewinn für die Beschäftigten. Die Fraktion beklagt, dass mit der seit 2022 „geltenden Tariftreuepflicht (gemäß Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz) alle Pflegeeinrichtungen nunmehr verpflichtet seien, „ihre Mitarbeiter auf Höhe der regional gültigen Pflgetarife zu entlohnen“. Insbesondere den Trägern privater Einrichtungen entstünden dadurch „finanzielle Mehraufwendungen von bis zu 30 Prozent“. Diese angegebenen Mehraufwendungen offenbaren, wie gering die Entlohnung der Arbeit war. Diese Form des Beklagens verdeutlicht erneut, dass die Fraktion nicht an die Beschäftigten denkt.

Ausbildung und Qualifizierung

Mit Zahlungen an Firmen und auch an Auszubildende möchte die Fraktion jedoch das Handwerk stärken und entlasten. So stellt sie in der Kampagne „Berufsausbildung MV“ klar, dass die „Zugangsvoraussetzungen zum Gymnasium“ verschärft werden sollen. Diese Idee fußt auf der Annahme, dass nur „Eliten“ führen könnten, die sich durch besondere Schulleistungen ausgezeichnet hätten. Der vermeintlich erleichterte Bildungszugang für die „Massen“ hätte „das Niveau“ gesenkt. Zur Sicherung des Nachwuchses für das Handwerk wollen sie Lehrbetriebe monatlich mit bis zu 500 Euro pro Auszubildende*n unterstützen. Die Qualifikation zur Meister*in soll zudem „mit bis zu 15.000 Euro Zuschuss pro Meisterschüler“ unterstützt werden. Die Auszubildenden möchte die Landtagsfraktion „mit bis zu 500 Euro pro Jahr für Kosten der Unterkunft und bis zu 400 Euro pro Jahr für Fahrtkosten“ unterstützen. Bei „Engpassberufen“ fordert die Fraktion eine Ausbildungszulage von „bis zu 200 Euro pro Monat“. Im Juni 2023 gab die Bundesagentur für Arbeit an, dass die Engpassberufe von 148 auf 200 Berufe angestiegen sind. „Zu den beschäftigungsstärksten Engpassberufen zählen Pflegeberufe, Berufskraftfahrer*innen, medizinische Fachangestellte, Bauberufe sowie Berufe in der Kinderbetreuung oder Kraftfahrzeugtechnik“, erklärt die Bundesagentur. Sie ergänzt, dass auf der „Ebene der Spezialist*innen und Expert*innen (...) Apotheker*innen, Architekt*innen oder Berufe im IT-Bereich“ hinzukämen. Es ist auffällig, dass die AfD allein im „Handwerk“ einen finanziellen Handlungsbedarf sieht. Im Pflege- und Gesundheitssektor fordert sie für die Beschäftigten hingegen keine bessere Entlohnung oder eine Bezuschussung. Dass dem Fachkräftemangel auch durch Ausbildung und Qualifizierung von Geflüchteten entgegengewirkt werden könnte, kann sich die Fraktion gar nicht vorstellen.

Im Landtag hat die Fraktion drei Gesetzesentwürfe eingebracht: zur Änderung des Gesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes, zur Änderung des Schulgesetzes für das Land und zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer. Im Entwurf zur Grunderwerbsteuer schlägt sie vor, die „Bedingungen zum Erwerb von Wohneigentum“ durch die Senkung der Steuer von sechs auf fünf Prozent vermeintlich zu verbessern. Die Intention ist, sich so als diejenigen darstellen zu können, die den „einfachen Leuten“ das kleine Eigenheim ermöglichen würden. Die Realität ist, dass diese Senkung Bauinvestor*innen sehr entgegenkommt. Gleichzeitig würde das eingesparte Geld dem Land und den Gemeinden fehlen.

ZENTRALE PERSONEN AUF LANDESEBENE

Zwölf Männer und eine Frau: Seit 2021 bilden diese dreizehn Personen die AfD-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Damit war die AfD zum zweiten Mal in das Schweriner Schloss eingezogen, jedoch hatte sie dieses Mal vier Mandate weniger errungen. Die Fraktion um den Vorsitzenden Nikolaus Kramer und die drei Stellvertreter Thomas de Jesus Fernandes, Jan-Phillip Tadsen und Enrico Schult wollen sich als wahre „Volksvertreter*innen“ gerieren, die sich um die Sorgen und Belange der „einfachen Leute“ bemühen würden. Im Landesparlament greifen sie daher in Reden und Anträgen auch soziale Themen und regionale Debatten auf. Ihre radikalen Positionen werden von ihnen jedoch weiter gepflegt und gehegt.

Kramer und Sellner wollen ein „System-Change“

In der Debatte, wie weit die „Remigrations“-Ideen in der Bundes-AfD gehen, hat sich die Landtagsfraktion klar positioniert. Kramer gehört zu den sechs Unterzeichner*innen der „Stellungnahme“ der Landtagsfraktionsvorsitzenden der AfD im Osten. Hierin betonen sie: „Remigration ist das Gebot der Stunde. Die Sozialmigration nach Deutschland muss beendet und rückabgewickelt werden.“ In diesem Kontext verwundert nicht, dass in Kramers Podcast „Kramers klare Kante“ ein Gespräch mit Martin Sellner zu finden ist. Der extrem Rechte von der Identitären Bewegung (IB) hat nicht erst bei dem Treffen in Potsdam über die Deportation von Migrant*innen gesprochen. An besagtem Sonnabend, dem 25. November 2023, hörten Sellner, der sowohl in Österreich als auch in Deutschland die IB prägte, AfD-Politiker*innen, CDU-Mitglieder und Unternehmer*innen zu. In Kramers Podcast mit dem Titel „Außerparlamentarischer Widerstand – Quo vadis IB und Regime-Change von rechts“ spricht Sellner von einer „Demokratie-Simulation“, die es zu überwinden gelte. Er betont, dass es nun darauf ankomme, den „Bevölkerungsaustausch“ aufzuhalten. Kramer, der deutlich gemacht hat, dass er Sellner schon länger kennt, widerspricht dem nicht. Der Fraktionsvorsitzende versichert zwar, dass man sich mit jeder Form von Gewalt selbst Steine in den Weg lege, auf dem man die eigenen Ziele erreichen wolle. Mit Sellner ist er jedoch d'accord, dass ein „System-Change“ angestrebt werden muss. Der Begriff – zu deutsch „Systemwechsel“ – ist der Titel eines Strategiebuches von Sellner. Kramer hebt allerdings die Bedeutung von Parlamenten hervor, warnt aber auch gleich davor, „dass man sich nicht zu sehr abschleifen“ lassen sollte, „um den anderen zu gefallen“. Diese Ansicht wird von Sellner geteilt.

Ein Podcast-Gast und sein „gesichert rechtsextremer“ Verein

Bereits der erste Podcast vom Kramer offenbarte eine besondere Nähe. Gast war Philip Stein. Dieser gehört wie Sellner zum äußerst engen Umfeld des Instituts für Staatspolitik (IfS) um Götz Kubitschek und Ellen Kositzka. Stein leitet den aus diesem Netzwerk heraus gegründeten Crowdfunding-Verein „Ein Prozent für unser Land“. Der Verein versteht sich als „Lobby“ für „heimatliebende Bürger“, dessen Projekte auch ökonomisch unterstützt werden. Das IfS und den Verein hat das Bundesamt für Verfassungsschutz beide als gesichert rechtsextrem eingestuft. Stein führt zudem den „Jungeuropa Verlag“. Die Nähe zu dem selbst ernannten Intellektuellen spiegelt sich in der Rhetorik einzelner Fraktionsmitglieder wider, die von ethnokulturellen Identitäten sprechen, aber nicht von rassistischen Dispositionen, heißt es aus den Landtagsfraktionen der Grünen/Bündnis 90. Die Idee des Ethnopluralismus ist, dass jede Ethnie ihre ganz eigene Identität, Tradition und Kultur hätte, die es zu bewahren gelte. Eine Vermengung würde die Ethnien letztlich vernichten. Schon die Grundannahme, dass sich Ethnien ohne gegenseitigen Austausch entwickelt hätten, ist falsch. Die Menschen waren schon immer auf „Wanderschaft“, sie lernten Produktions- und Kulturtechniken voneinander. In Deutschland nutzen wir „arabische Zahlen“; die Idee dazu stammt aus Indien. Die vermeintlichen deutschen Lebensmittel Kartoffeln und Spargel haben keinen deutschen Ursprung: Die Kartoffel stammt ursprünglich aus Südamerika, der Spargel aus Vorderasien.

Höchst fragwürdiges Geschichtsverständnis

Julian Barlen aus der SPD-Fraktion betont, dass gerade Thore Stein, Jan-Phillip Tadsen und Martin Schmidt den Jargon der Identitären Bewegung pflegen. Die IB verbreitet keine Fakten, sondern lieber Fake-News – wie die These einer Bedrohung der ausgemachten ethnokulturellen Identität. Tadsen war früh mit dieser selbst ernannten Bewegung im Nordosten verbunden. Seiner eigenen Logik einer festen Verankerung widersprach Horst Förster indirekt. Denn der Landtagsabgeordnete behauptet, dass die Krim früher zu Russland gehörte habe. Diese Aussage lässt sich auch als Verständnis für den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verstehen.

Zurück zu Nikolaus Kramer: Dieser erhielt seine politische Schulung durch sein burschenschaftliches Engagement. Der Polizeivollzugsbeamte ist Mitglied der Berliner Burschenschaft Gothia und der Burschenschaft Markomania Aachen Greifswald. Auch wenn nicht alle Burschenschaften extrem rechts sind, so werden diese beide aber diesem Spektrum zugeordnet. Am 12. Juli 2017 teilte Kramer in einem internen AfD-Chat ein Foto der Leibstandarte SS Adolf Hitler mit dem Text „Ein schwarzer Block ist nicht grundsätzlich scheiße.“ Auf Nachfrage erklärte Kramer, dass er die SS nicht positiv darstellen wollte. Raum zur

Interpretation seines Geschichtsverständnisses lässt aber auch ein Artikel in der kostenlosen Fraktionszeitung „AfD-Fraktionspost“. Darin finden sich nicht bloß die rassistischen Implikationen. Thore Stein, der parlamentarische Geschäftsführer, schreibt in der Ausgabe Winter 2023 unter dem Titel „Den Toten ihren Namen geben“, dass „der Blut-zoll, den unser Volk im vergangenen Jahrhundert leisten musste, [...] kaum zu begreifen“ sei. Es werden Bomben-krieg und Vertreibung beklagt, ohne anzumerken, dass Deutschland den Zweiten Weltkrieg ausgelöst hat. Es soll-te vielmehr der Wehrmachtsoldaten und wohl auch der Waffen-SS-Angehörigen gedacht und sie geehrt werden. Denn „die unzähligen Söhne, Väter, Brüder und Ehemänner sollten nach wie vor ungenannt bleiben. Ihre Namen aus dem Gedächtnis verschwinden, ihr Opfer für Deutschland vergessen werden“. Dies will die Fraktion jedoch ändern, versichert Stein. Ein Gedenken, das eine Idealisierung und Heroisierung der Verbrechen des Angriffskriegs und der Vernichtung jüdischer und behinderter Menschen und vieler anderer nicht ausschließt. Diese Traditionspflege ver-wundert bei Stein nicht. Er ist Alter Herr der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks. In der Mitgliederzeitung der Raczeks legte ein Autor dar, dass die Hinrichtung des Nazi-Widerstandskämpfers und Theologen Dietrich Bonhoeffer „rein juristisch gerechtfertigt“ und Bonhoeffer „zweifels-frei ein Landesverräter“ gewesen sei. Im Dachverband „Deutsche Burschenschaften“ lösten die Raczeks eine Debatte aus, weil sie festlegen wollten, dass nur derjenige Burschenschafter werden dürfte, wer deutscher Herkunft sei. Ein Migrationshintergrund wurde als „undeutsch“ verstanden. Stein hat jedoch nicht nur im extrem rechten burschenschaftlichen Milieu Kontakte, sondern er unter-hält auch Verbindungen ins völkische Spektrum. Er ist mit der Tochter von Gernot Mörig verheiratet. Mörig war der Initiator des Potsdamer Treffens, er selbst kommt aus dem bündisch-extremrechten Bund Heimattreuer Jugend.

V.i.S.d.P.: Laura Pooth,
Vorsitzende DGB Nord
Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg

Die AfD soll keine FDP 2.0 werden

Nach ganz weit rechts ließ sich Jens-Holger Schneider früh schon ziehen. Der Landtagsabgeordnete lief noch als CDU-Mitglied bei NPD und Mvgida-Märschen mit.

Aus einer anderen Szene erhielt Petra Federau Unterstützung. Schon vor sieben Jahren stellte CompactTV Federau über Youtube vor. Dieses Internet-Angebot gehört zu „Compact – Magazin für Souveränität“, das das Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextrem einstuft. Im Interview betont Federau, keinen neoliberalen Wirtschaftskurs forcieren zu wollen. Die AfD solle keine FDP 2.0 werden. Sie spricht auch über die angebliche Benachteiligung deutscher Schüler*innen gegenüber afghanischen Schüler*innen und von No-Go-Areas in Schwerin wegen der „anhaltenden Masseneinwanderung“. Federau, die in Schwerin Fraktionsvorsitzende im Stadtrat ist, wettet außerdem gegen das „linksextreme Gender-Gaga“. Sie unterstützte die sogenannte „Erfurter Erklärung“, die vor allem der Vorsitzender der Thüringer AfD-Landtagsfraktion und AfD-Landesvorsitzende Björn Höcke verantwortet und in der betont wurde, eine „Widerstandsbewegung“ zu sein. Zudem wird davor gewarnt, aus „vorausseilenden Gehorsam“ eigene Positionen aufzugeben und die Distanz zu „bürgerlichen Protestbewegungen“ zu suchen – gemeint war unter anderem Pegida.

Männer seien mehr für die Politik gemacht

Dies ist der extreme Kontext, in dem sich die Fraktion bewegt – auch Federau als Frau, obschon Kramer erklärte, dass Frauen nicht für die Politik geeignet seien, „weil sie doch ein Stück weit emotionaler sind als Männer“. Männer wären „mehr für die Politik gemacht“. Die Gruppe im Schweriner Schloss prägt den Verband im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern.

Zum Autor

Andreas Speit ist Autor, Journalist und Experte für Rechts-extremismus. Zu diesem Thema hat er diverse Bücher ver-öffentlichlicht und Artikel verfasst. Unter anderem schreibt er regelmäßig für die *tageszeitung* (taz)